



AK Zivilklausel
c/o AStA der Uni Kassel
Nora-Platiel-Str. 2
34127 Kassel
www.zivilklausel-kassel.info
kontakt@zivilklausel-kassel.info

PRESSEMITTEILUNG

Studentin fordert Transparenz bei Militärforschung

Hessische Landesregierung soll nach dem Vorbild Niedersachsen Forschungsprojekte für das Militär und die Rüstungsindustrie an Hochschulen offenlegen.

„Ich kann momentan nicht ausschließen, dass meine zukünftigen Forschungen nicht auch für Projekte des Militärs oder die Rüstungsindustrie verwendet werden“, zeigt sich die Studentin Anne Wiehr bedacht. Die junge Elektrotechnikerin studiert an der Universität Kassel. Und wie an allen hessischen Hochschulen finden militärische Forschungsprojekte dort nur im Geheimen statt – oft wissen nichtmals die Uni-Mitarbeiter und Studierenden in welchem Auftrag genau geforscht wird. Dies will Anne Wiehr ändern. Sie hat sich mit einem offenen Brief an die hessische Landesregierung gewandt: „Ich bitte Sie, sich im Landtag für eine Anfrage zur Offenlegung der sicherheitstechnischen und militärischen Projekte an hessischen Hochschulen einzusetzen“, lautet Anne Wiehrs Forderung an die Landespolitiker.

Und es ist nicht unwahrscheinlich, dass ihre Forderung erfüllt wird: Anfang des Jahres legte das niedersächsische Wissenschaftsministerium eine Liste mit mehr als 100 sicherheitstechnischen und militärischen Forschungsprojekten an niedersächsischen Hochschulen vor. Die Liste ging auf eine Anfrage durch das Wissenschaftsministerium zurück: Die Hochschulen wurden gebeten, die Projekte zu melden, deren öffentliche oder private Auftraggeber militärische Interessen nahelegen. Und tatsächlich hat es zwischen 2000 und 2013 Militär-Aufträge im Wert von rund 25 Millionen Euro an den Hochschulen des Landes gegeben. Zum Beispiel forschte die TU Braunschweig im US-Auftrag an Drohnen und Langstreckenraketen.

Anne Wiehr hofft daher auf Transparenz: „Es ist nur fair, wenn die Öffentlichkeit erfährt, wer etwas an öffentlichen Hochschulen erforschen lässt.“ Zudem sei Transparenz ein Grundstein um überhaupt in eine Debatte um Militärforschung an hessischen Hochschulen einsteigen zu können. Unterstützt wird die Studentin daher vom Kasseler „Arbeitskreis Zivilklausel“, der sich schon seit Jahren für eine Debatte um die Verantwortung von Wissenschaft bemüht.

In der kommenden Senats-Sitzung der Universität Kassel hat der Arbeitskreis daher mit Hilfe der studentischen Senatsvertreter einen Antrag eingereicht, in dem die Einrichtung einer „Kommission für Ethik in Forschung und Lehre“ gefordert wird. Die Kommission soll einen Blick auf die Forschungsprojekte an der Universität haben.

Für weitere Informationen können Sie auch unsere Website (www.zivilklausel-kassel.info) besuchen oder uns auch für Interviews und bei Nachfragen mailen (kontakt@zivilklausel-kassel.info) oder uns anrufen: 0561 - 804 38 03

Mit freundlichen Grüßen,
AK Zivilklausel an der Universität Kassel